Mediendienst

Stuttgart, 6. November 2024

Freie Demokraten
Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Birnstock: Gesetzliche Verankerung der Kindertagespflege ist nur erster Schritt – weitere Maßnahmen müssen folgen

Ablehnung unserer Entschließungsanträge zu weiteren Maßnahmen im frühkindlichen Bereich zeigt, dass die Landesregierung ihren Lippenbekenntnissen keine Taten folgen lässt.

Zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Kindetagesbetreuungsgesetzes, sagt der Sprecher für frühkindliche Bildung der FDP/DVP-Fraktion, **Dennis Birnstock**:

„Mit der gesetzlichen Verankerung der Kindertagespflege und der Institutionalisierung der Elternvertretung wird eine von uns Freie Demokarten lange geforderte Notwendigkeit endlich von der grün-geführten Landesregierung umgesetzt. Doch dies darf nur ein erster Schritt sein – weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Kindertagespflege müssen dringend folgen. Der vorliegende Gesetzesentwurf bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Die rückläufigen Zahlen der Kindertagespflegepersonen verdeutlichen eindringlich, dass das Berufsfeld dringend attraktiver gestaltet werden muss. Daher setzen wir uns dafür ein, die Fortbildungsmöglichkeiten zu verbessern und diese stärker finanziell zu unterstützten. Außerdem muss die Anschlussfähigkeit der Tageseltern an die Ausbildung und beruflichen Möglichkeiten im pädagogischen Bereich verbessert werden, um das Potential an weiteren möglichen Kindertagespflegepersonen zu heben.

Auch bei der Unterstützung der nun rechtlich verankerten Elternvertretung im frühkindlichen Bereich ist aktuell noch Luft nach oben. Denn die Elternstiftung, die die Elternvertretungen im Land unterstützen soll, muss auch organisatorisch und finanziell in die Lage versetzt werden, ihr Aufgabenfeld auf den frühkindlichen Bereich auszuweiten.

Wir Freie Demokraten haben daher zwei Entschließungsanträge eingebracht in welchen wir die grün-geführte Landesregierung zu einer stärkeren Unterstützung der Kindertagespflege, einer angemessenen Ausstattung der Elternstiftung Baden-Württemberg sowie zu weiteren Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im frühkindlichen Bereich auffordern. Die Ablehnung unserer Anträge zeigt leider, dass die grün-geführte Landesregierung ihren Lippenbekenntnissen keine Taten folgen lässt.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de